# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Comp., Nr. 20613.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

**Bezugspreis** einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 142 | Dresden, Mittwoch den 23. Juni 1920 | 31. Jahrg.


# Neue Schwierigkeiten

Gestern hatte es den Anschein, als wenn das Kabinett Fehrenbach bereits völlig gesichert sei. Jetzt auf einmal ist wieder alles in Frage gestellt. Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern beschlossen, sich bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung des neuen Kabinetts folgen wird, der Stimme zu enthalten, ein ausdrückliches Vertrauensvotum aber soll der Regierung nicht erteilt werden. Dieser Beschluß unsrer Fraktion ist sehr begreiflich, denn wenn wir der neuen Regierung ausdrücklich ein Vertrauensvotum erteilt hätten, würden wir mit Recht im Volke für ihre Handlungen und Unterlassungen verantwortlich gemacht werden, als wenn wir selbst an der Regierung teilnehmen. Darauf hin erklärten die Demokraten, daß unter diesen Umständen eine Regierung in der beabsichtigten Form nicht gebildet werden könne und man vor einer neuen Situation stünde. Das Berliner Tageblatt nennt das Kabinett Fehrenbach einen Trümmerhaufen.

Auch von deutschvolksparteilicher Seite sollen Schwierigkeiten gemacht worden sein, denn die Fraktion ist mit der Ministerliste des Herrn Fehrenbach nicht einverstanden. Sie hält, wie berichtet wird, daran fest, daß „das große Gebiet der Wirtschaft ein ganzes bilde, und daß die Finanzen, der Verkehr, die Wirtschaft und die Post durch hervorragende Sachverständige ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung besetzt werden müßten," was in der Liste Fehrenbachs nicht der Fall sei. Die Fraktion will Herrn Fehrenbach über die Besetzung der Ministerposten Vorschläge machen. Es ist klar, worauf die Wünsche der Herren von der Deutschen Volkspartei hinauswollen. Man weiß, was sie unter Sachverständigen verstehen, sie wünschen, daß die von ihnen bezeichneten Ministerposten von zuverlässigen Vertrauensleuten des Großkapitals besetzt werden.

Was nun eigentlich werden soll, ist vollkommen unklar. Wir sind in der Frage der Regierungsneubildung genau soweit, wie wir vor vierzehn Tagen gewesen sind.

•

### Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei

trat Dienstag im Reichstag zusammen. Senator Dr. Petersen eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf den Prinzen Schönaich-Carolath und den demokratischen Führer Dr. Friedberg. Dr. Petersen erstattete sodann den Bericht über die Haltung der Deutschen Demokratischen Partei in den Tagen der Kabinettsbildung. Er machte Mitteilung von den an andrer Stelle mitgeteilten Wortlaut des Regierungsprogramms und fuhr fort: Diese Formulierung läßt erkennen, daß wir kein Tüpfelchen nach rechts oder links von unsrer Erklärung vom 15. Juni aufgegeben haben, daß wir ohne Schwanken die vorgezeichnete Politik in der Koalition der Mitte treiben wollen. Leider müssen wir es ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie in der Regierung tun, doch die Mehrheitssozialdemokratie wird Mitträgerin und Stütze dieser Politik. Das ist die Bedingung der Mitwirkung unsrer Mitglieder in der Regierung. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben dem Programm und der Zusammensetzung der neuen Regierung ein Vertrauensvotum in Aussicht gestellt.

Ihre Partei wird heute darüber entscheiden. Die Fraktion und der Vorstand der Demokratischen Partei haben mit großer Mehrheit die Beteiligung an der Koalition beschlossen, die Minderheit verlangt Opposition an der Seite der Sozialdemokratie. Gefühlsmäßig wollen wir alle das. Aber das politische Verantwortungsgefühl gebietet uns, inmitten der Nöte unsres Vaterlandes positiv mitzuarbeiten. Wir können nicht einen Stresemann oder Gröfe nach Spa schicken, um uns über ihren Mißerfolg zu freuen. (Zustimmung.) Wir müssen positiv arbeiten in einer Zeit, wo die Negation unser Vaterland ins Elend stürzt.

An die beiden Referate schloß sich eine eingehende Aussprache. In einer Resolution sprach sodann der Parteiausschuß der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus. Dieses Vertrauen wurde dann auch angesichts der neuen durch die Verweigerung des Vertrauensvotums für die künftige Regierung von seiten der Sozialdemokratie geschaffenen Lage bestätigt.

•

### Die geplante Regierungserklärung

**Berlin, 23. Juni.** (Telunion.) Die Regierungserklärung, auf die sich Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei geeinigt haben, lautet:

Die vordringlichste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Ihn auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig zu fördern, ist der einheitliche und feste Wille der Regierung. Alle Parteien fordern wir auf, in einer Zeit, in der es um Leben und Sterben des Volkes geht, in der auswärtige, wirtschaftliche und finanzielle Fragen unsre gesamte Kraft in Anspruch nehmen müssen, verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten zu lassen. Die Regierung wird mit aller Entschiedenheit alle Versuche einer gewaltsamen Umwälzung, woher sie auch kommen, bekämpfen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder der Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Besetzung der nicht rein politischen Aemter wird nur die persönliche Tüchtigkeit, nicht die Parteizugehörigkeit sein. Von den Beamten und Angehörigen der Reichswehr verlangen wir, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen und gewillt sind, in ihrer beruflichen Tätigkeit der Regierung rückhaltlos zu unterstützen.

### Kein Vertrauensvotum

**Berlin, 23. Juni.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag mit der Frage der grundsätzlichen Stellungnahme zu der in der Bildung begriffenen neuen Regierung. Nachdem Hermann Müller und Löbe über die bisherigen Verhandlungen berichtet hatten, wurde nach mehrstündiger Debatte, an der sich etwa 20 Redner beteiligten, gegen 5 Stimmen beschlossen, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen wird, Stimmenthaltung zu üben. Die Fraktion glaubt, bei Erwägung aller Gegengründe nicht weitergehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihrer Auffassung nicht verträgt. Die Fraktion beabsichtigt, ihre Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Demokraten erklärten daraufhin, es sei klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die, vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spa verhandeln könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe. Von diesem Beschluß wurde dem Parteiausschuß Kenntnis gegeben, der auch angesichts der neuen Situation das der Fraktion ausgesprochene Vertrauen ausdrücklich erneuerte.

•

Zu der neu geschaffenen Situation sagt der **Vorwärts**:

Nachdem die Sozialdemokratische Partei zuerst die Beteiligung an einer Regierung, die von der Deutschen Volkspartei gebildet wird, dann aber auch die Beteiligung an einer Regierung, in der diese Partei vertreten ist, abgelehnt hatte, konnten die Demokraten kaum erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion einer Regierung, in der die Deutsche Volkspartei sitzt, ihr Vertrauen aussprechen würde. Hätte unsre Fraktion zu einer solchen Regierung Vertrauen, was hinderte sie, an ihr mitzutun? Verweigert sie diese Beteiligung, so drückt sie schon dadurch aus, daß ein Vertrauensverhältnis nicht besteht. Kann sie dann, ohne sich mit sich selbst in Widerspruch zu setzen, ihr Vertrauen votieren? Das Verlangen der Demokraten nach einer sozialdemokratischen Vertrauenszusage in diesem Augenblick eilt zudem den Ereignissen weit voraus. Weder lag der sozialdemokratischen Fraktion eine endgültige Ministerliste noch der endgültige Text der Regierungserklärung vor. Selbst wenn nicht grundsätzliche Bedenken den Ausschlag gegeben hätten, was tatsächlich der Fall war, so hätte die sozialdemokratische Fraktion einer Regierung, die noch gar nicht gebildet ist und deren Programm noch gar nicht fest steht, unmöglich das Versprechen geben können, sie werde ihr in öffentlicher Sitzung das Vertrauensvotum ausstellen. Denn das hätte ungefähr geheißen: Wir kennen zwar die Absichten der Regierung noch nicht, wir kennen sogar die Regierung selber noch nicht, aber wir billigen sie.

•

### Auch Stegerwald lehnt ab

Wie die Abendblätter melden, konnte die endgültige Feststellung der Ministerliste noch nicht erfolgen. Der preußische Wohlfahrtsminister Stegerwald habe die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt, dagegen hat General Groener den ihm angetragenen Posten des Verkehrsministers und Geh. Rat Simon die Uebernahme der Leitung des Auswärtigen Amtes angenommen.

## Neueste Telegramme

### Das abgeschnittene Ungarn

**Wien, 23. Juni.** Im Zusammenhang mit dem Boykott gegen Ungarn wurde auch der Personenverkehr nach Ungarn auf der Südbahnstrecke mit dem gestrigen Tage eingestellt. Der Güterverkehr der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ruht seit zwei Tagen. Die Zeitungen melden den Anschluß des Reichsverbandes der Bankbeamten an die Boykottbewegung.

### Die Souveränität Nordschleswigs

**Kopenhagen, 23. Juni.** Nach den gestrigen Mitteilungen des Ministers des Aeußern im nordschleswigschen Ausschuß des Reichstages ergibt der Botschafterratsbeschluß vom 20. Juni, daß die Uebertragung der Souveränität Nordschleswigs an Dänemark nicht von dem Inkrafttreten des dreiseitigen Vertrags zwischen Deutschland, Dänemark und den Alliierten abhängt. Die alliierten Mächte erklärten, daß sie diesen Vertrag baldmöglichst zur Unterschrift vorlegen werden.

### Abkommen über Deutsch-Ostafrika

**Brüssel, 23. Juni.** Nach Meldung der Dernière Heure ist zwischen England und Belgien ein Abkommen über Deutsch-Ostafrika abgeschlossen worden, das den belgischen Kolonien nach den Grundsätzen des freien Durchfuhrhandels unter Fortfall aller Zollschranken eine Verbindung mit dem Indischen Ozean durch Nutzbarmachung der großen Eisenbahnlinie Daressalam-Kigoma mit Abzweigungen an beiden Enden und durch Errichtung von Freihäfen eröffnet.

### Die Kämpfe in Londonderry

**London, 23. Juni.** Im Unterhause hat Bonar Law mitgeteilt, daß bei Zusammenstößen in Londonderry 9 Zivilisten getötet und 15 bis 20 verwundet worden seien. Die Behörden hielten die zur Verfügung stehenden Kräfte für ausreichend, doch hat der Militärbefehlshaber des Belfaster Bezirks zugesichert, so viel Truppen anzufordern, wie er brauche.

### Munitionslager explodiert

**Mainz, 23. Juni.** Ein großer Teil des Artilleriemunitionslagers Uhlerborn an der Straße Mainz-Bingen ist heute nacht in die Luft geflogen.

# Das Ergebnis von Boulogne

Gestern mittag ist die Konferenz von Boulogne für mer zu Ende gegangen. Ursprünglich sollte sie nichts als eine Vorbesprechung für die Zusammenkunft von Spa sein und sich nur mit deutschen Fragen beschäftigen, aber inzwischen rückten für die alliierten Mächte unerwartet andre Fragen in den Vordergrund. England brennt im Orient der Boden unter den Füßen, die türkischen Nationalisten stehen vor den Toren Konstantinopels und auch im übrigen Asien haben sich Widerstände erhoben, mit denen man im Anfange nicht rechnete. Angesichts dieser Verhältnisse erscheint Britannien die deutsche nur eine Frage zweiter Ordnung. Ferner kam in Boulogne der Beschluß zustande, die Vertreter der kleineren verbündeten Staaten nach Spa zur Besprechung zu laden. In der deutschen Angelegenheit wurde beschlossen, daß die Alliierten sich künftighin in Deutschland nicht mehr durch Geschäftsträger, sondern durch Gesandte wollten vertreten lassen, auch kam die deutsche Heeresverminderung zur Beratung. Die meiste Bedeutung aber haben die Erörterungen über die Entschädigungssumme, die wir zahlen sollen. Nach dem vom Havas über die Konferenz von Boulogne ausgegebenen offiziellen Kommuniqué ist in der Frage der von Deutschland zu zahlenden

**Entschädigungssumme**

und deren Verteilung unter die Alliierten entschieden worden, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen sich in Paris vereinigen, um unter Zugrundelegung des Vereinbarten gemeinsam Vorschläge zu machen, die den Alliierten, die sich am 2. Juli in Brüssel wieder vereinigen, um endgültig ihr Einverständnis zu der Konferenz von Spa festzusetzen, unterbreitet werden sollen. Die zweite Frage, betreffend die

**Entwaffnung,**

ist dahin entschieden worden, daß die von den militärischen Sachverständigen vorgelegten Texte angenommen wurden. Sie beziehen sich auf den Besitz des zerstörten Kriegsmaterials und auf den Zeitpunkt, zu dem die Fabrikation von Luftschiffahrtsmaterial wieder aufgenommen werden kann. Auch die Nichtausführung der Klauseln betreffend die

**Kohlenfrage**

ist von den französischen Abgeordneten erneut zur Sprache gebracht worden.

Endlich ist bestimmt worden, daß die Verhandlungen wirtschaftlicher Art, die in London mit den russischen wirtschaftlichen Abgeordneten geführt werden, fortgesetzt werden sollen, da es sich nicht um die Frage der politischen Anerkennung der Sowjetregierung handelt. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas gibt über die Verhandlungen folgende Erläuterungen:

Die Note, die an die deutsche Regierung noch heute gerichtet wird, kündigt Zwangsmaßnahmen im Falle der Nichtausführung der militärischen Klauseln an, ohne allerdings über die Modalitäten zu sprechen. Man könne aber glauben, daß es sich um neue militärische Besetzungen handeln wird, wie die Konferenz von San Remo entschieden habe. An den Bestimmungen über die Fabrikation von Luftschiffahrtsmaterial seien Aenderungen getroffen worden. Deutschland dürfe dessen Fabrikation erst drei Monate nach der völligen Ablieferung des militärischen Luftschiffahrtsmaterials wieder aufnehmen. Ueber die Frage der Festsetzung der deutschen Schuld sei nicht wieder gesprochen worden. Ueber die ungenügenden Kohlenlieferungen Deutschlands sei ebenfalls eine Vereinbarung getroffen worden. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich darüber des längeren mit dem italienischen Außenminister und dem belgischen Vertreter bei der Wiedergutmachungskommission ausgesprochen. Ein Beschluß würde auf der Konferenz in Brüssel gefaßt werden.

• • •

Einzelheiten, zum Teil freilich einander widersprechend, melden die in Boulogne anwesenden Berichterstatter. Wir geben hier die wichtigsten Nachrichten wieder:

Der Berichterstatter der Agence Havas hat auf der Konferenz den Eindruck gewonnen, als ob sich die französischen und englischen Sachverständigen über den Tilgungsplan der deutschen Schuld einig seien. Die Alliierten würden die Gesamtsumme feststellen, die Deutschland in Raten, deren Beträge besonders bestimmt werden würden, zu zahlen habe. Der Plan stellt nicht nur die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung fest, sondern bestimmt auch die von Deutschland jährlich zu zahlenden Beträge.

Dazu erfahren wir: In der Wiedergutmachungsfrage beschloß die Konferenz grundsätzlich, für die Gesamtentschädigung einen Höchstbetrag festzusetzen, der in jährlichen Teilzahlungen von mindestens drei Milliarden Goldmark zu entrichten ist. Wenn Deutschlands Wohlfahrt eine Aenderung zuläßt, so würden die Jahreszahlungen, nicht aber der Gesamtbetrag erhöht werden.

Pertinax berichtet im Echo de Paris aus Boulogne: Millerand verbleibt auf seinem Standpunkt von San Remo, die Alliierten müßten Deutschland, wenn nötig, mit Gewalt zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zwingen. Wenn Deutschland die vorgeschlagenen Zahlungen nicht leiste oder schlechten Willen beweise, müßten die Alliierten die Zölle und die andern Einnahmen Deutschlands beschlagnahmen. Auf Italiens Forderung nach einer 20prozentigen Beteiligung an den Zahlungen Deutschlands habe man geantwortet, daß die an sich wohlberechtigte Forderung aus dem Friedensvertrag nicht abgeleitet werden könne. Pertinax glaubt nicht, daß eine Einigung in dieser Frage für den Augenblick möglich sei.

Wie der Berichterstatter der Information aus Boulogne mitteilt, ist die Frist für die Entwaffnung Deutschlands über den 10. Juli hinaus verlängert worden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200623/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG